



Julian Nida-Rümelin

Zur Ethik der Migration

In: Migration – Integration : Streitgespräch in der Wissenschaftlichen Sitzung der
Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 10. Juni 2016.
Berlin: 2016, S. 15-19
(Debatte ; 16)

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-26414](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-26414)

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer
Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 3.0 Germany (cc by-nc-sa 3.0) Licence
zur Verfügung gestellt.



Julian Nida-Rümelin

Zur Ethik der Migration

Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Grüters-Kieslich hat mir jetzt zehn Minuten gegeben, das ist sportlich, um ein etwas komplexeres Argument rüberzubringen. Sie hatten in Ihrer Einführung davon gesprochen, dass möglicherweise eine Art inhaltliche Spaltung drohen könnte – vielleicht trage ich dazu bei, dass diese erst gar nicht auftritt, weil meine eigene Position ziemlich quer zu den üblichen Frontstellungen sowohl im politischen Raum wie auch in der Philosophie steht. Diese Position kann ich hier natürlich nur skizzieren. Ich will deswegen einen Hinweis geben: Das Ethikzentrum in München, ein interdisziplinäres Zentrum der LMU, das ich leite, veranstaltet in diesem Sommersemester eine Vortragsreihe zur „Ethik der Migration“ und wir stellen diese Vorträge in Form von Videoaufzeichnungen so zur Verfügung, dass sie allen Interessierten zugänglich sind. Mein Vortrag in dieser Reihe wird in Kürze auf der Plattform veröffentlicht.

Ich möchte mich hier so prägnant wie möglich äußern. Erstens zur Diskussionslage in der Philosophie: Die Debatte wird ganz überwiegend geprägt durch Beiträge aus den USA, auch aus Großbritannien, es sind ganz überwiegend englischsprachige Beiträge, die zum Teil schon länger zurückliegen, und ich muss sagen, auch jetzt nach einigen Monaten der intensiven Sichtung dieser Literatur bin ich mit dem philosophischen Diskussionsstand alles andere als zufrieden. Man kann sagen, dass sich zwei Lager gebildet haben. Das eine Lager ist im weitesten Sinne universalistisch-liberalistisch und das andere Lager kommunitaristisch. Neun von zehn Beiträgen (geschätzt) sind pro Open Borders, d. h. im Prinzip, wenn auch nicht jetzt sofort und möglicherweise nach einer längeren Übergangsphase, sollten Grenzen zwischen Nationen als Hindernisse für Menschen, sich dort niederzulassen, wo sie leben wollen, fallen. Die Zuordnung zu den verschiedenen Lagern in der philosophisch-ethischen Debatte ist dennoch nicht ganz einfach. Der wichtigste Gerechtigkeitstheoretiker der letzten Jahrzehnte überhaupt, John Rawls, eine Zentralfigur des philosophischen und politischen Liberalismus, war der Auffassung, dass es nur innerhalb von Nationalstaaten möglich ist, eine gerechte oder „fast gerechte“

Gesellschaft zu entwickeln. Ich selbst glaube, dass man aus dieser Frontstellung – Universalismus versus Partikularismus, Liberalismus versus Kommunitarismus – heraus muss, um in der Debatte weiterzukommen, und das will ich gleich skizzieren.

Zweitens, es gibt einen Aspekt, der ist eher intern, nämlich wie reagieren die Gesellschaften auf das Phänomen der Einwanderung, was für Perspektiven gibt es. Es sind ja ganz unterschiedliche Typen von Einwanderungen, mit denen die Gesellschaften weltweit und auch Deutschland konfrontiert ist. Und der zweite Aspekt ist international: Wie sollte die Weltgesellschaft auf die aktuelle Situation mit einem steigenden Migrationsdruck reagieren, was für Institutionen sind geeignet, dieses human zu steuern, aber auch so zu steuern, dass kein Kontrollverlust eintritt. Das ist ein Spannungsverhältnis, das in den letzten Monaten ganz offenkundig geworden ist. Zum internen Aspekt: Eine Regierungspartei hat gerade ein Konzept für eine Leitkultur vorgelegt, es ist lesenswert und ich glaube sogar, dass die CSU mit diesem Papier etwas Wichtiges anspricht, nämlich die Frage, was sind die kulturellen Fundamente gelingender Integration, was sind die kulturellen Fundamente einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der Zugehörigkeit und Kooperationsfähigkeit gedeiht. Ich glaube, es lohnt sich, diese Debatte zu führen oder um es noch etwas deutlicher zu sagen, ich glaube, der in weiten Bereichen dominierende Linksliberalismus à la Jürgen Habermas, den ich sehr schätze, oder auch John Rawls, die politische Sphäre, die Sphäre der demokratischen Entscheidungsfindungen möglichst weitgehend abzukoppeln von Kultur, von kulturellen Zusammenhängen, beruht auf einer Art Selbstbetrug. Eine Demokratie lebt, wie Böckenförde das mal so unnachahmlich formuliert hat, von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann und dazu gehört eine alltägliche Praxis des Respekts, der Kooperation, des Vertrauens – ohne Vertrauenskultur keine Demokratie. Problematisch wird es, wenn diese kulturelle Dimension explizit oder implizit auf die These verkürzt wird, die Hinzugekommenen haben sich der Mehrheitskultur anzupassen, also eine Art Assimilation vertreten wird. Das wertet nämlich ab, das ist keine Kultur der Anerkennung, des gleichen Respekts, sondern der Abwertung. Damit sage ich nicht, dass es nicht grundlegende Konflikte geben kann. Kinder, die in Familien aufwachsen, in denen sie lernen, ihrem älteren Bruder unbedingt zu gehorchen, haben von dieser Haltung her ein Problem mit der Demokratie, die patriarchale Ordnung steht in einem kulturellen Konflikt zur Demokratie. Das heißt, selbstverständlich hat die Demokratie mit ihren Normen eine kulturelle Tiefen-

dimension, die gelegentlich in Konflikt gerät zu Kommunitäten, zu kulturellen Identitäten und Gemeinschaften. Und die Frage ist, was ist darauf die Antwort? Meine Antwort ist eine republikanische, also nicht die kulturalistisch-kommunitaristische, gar nationalistische Assimilation, sondern die Erfahrung der Kooperation in der Demokratie, die Erfahrung der Gestaltung von Lebensverhältnissen und politischen Verhältnissen in der Demokratie, und zwar eine inklusive Erfahrung, die alle einschließt, die hier leben. Das überwölbt dann oder ist jedenfalls geeignet, einzelne kulturelle Identitäten so weit zu überwölben, dass dieses kulturelle Fundament wachsen kann – also nicht Ablösung bestimmter Identitäten durch andere, sondern Überwölbung, das ist eigentlich das republikanische Projekt. Und das ist, glaube ich, die vernünftigere Ausrichtung als die Ausrichtung an einer deutschen – ich sage es jetzt mal spöttisch – oder gar bayerischen Leitkultur, von der ich als Mehrgenerationen-Bayer gar nicht weiß, worin sie eigentlich bestehen könnte.

Drittens, es gibt tiefgreifende normative Konflikte in dieser Thematik und ich will wenigstens einen herausgreifen, der so tiefgreifend ist, dass aus meiner Sicht manches dafür spricht, dass es sich um ein genuines ethisches Dilemma handelt. Philosophen verstehen unter ethischen Dilemmata im Gegensatz zu bloßen ethischen Konflikten, die keine Dilemmata sind, solche, die sich nicht auflösen lassen durch eine Theorie, ein Kriterium, ein Prinzip. Mir scheint, dass wir hier einen Fall haben, der zumindest prima vista nach einem genuinen ethischen Dilemma aussieht und ich habe keine Lösung für diesen Konflikt. Ich will ihn kurz umreißen: Nach welchen Kriterien sind wir verpflichtet, Menschen gleich zu behandeln? Das hat in bestimmten etablierten Rechtsordnungen relativ einfache Antworten. Wir haben einen Rechtsrahmen, innerhalb dessen es eine bürgerschaftliche, eine bürgerliche Gleichheit gibt, gleichen Respekt, gleiche Anerkennung, gleiche Rechte. Wenn es um Migration geht, stellt sich die Frage, was ist der Referenzrahmen der Gleichbehandlung. Wenn der Referenzrahmen in erster Linie der ist, in welchem Umfang, nach welchen Maßstäben behandeln wir die Hinzugekommenen gleich mit den hier schon Anwesenden – denken Sie z. B. an die durch Großbritannien ausgelöste Debatte über Anspruch auf Sozialhilfe und andere sozialstaatliche Unterstützungen von Einwanderern. Dem hat sich Deutschland übrigens angeschlossen und hat damit auch das Recht auf Hartz IV-Bezug begrenzt – Sie erinnern sich, das liegt noch nicht lange zurück. Der Hintergrund ist (Push and Pull) die Vorstellung von Cameron, dass eine Gleichbehandlung der Neuankömmlinge mit den schon hier Lebenden zu einem Anreizsystem führt, das wir so nicht

wollen, und zudem zu einem Gerechtigkeitsproblem, weil die Neuankömmlinge selbst noch nicht beigetragen haben zu den Mitteln, die erst diese kooperative und sozialstaatliche Form der Unterstützung erlauben. Ich nehme jetzt nicht inhaltlich dazu Stellung, ich will nur sagen, das ist eine Dimension, nämlich, wie behandeln wir Neuankömmlinge im Vergleich zu denen, die schon da sind. Was aber merkwürdigerweise fast völlig aus dem Blick gerät ist die globale Perspektive. Wenn wir vor der Frage stehen, wem helfen wir, werden wir in der Regel denjenigen helfen, die die Hilfe am nötigsten haben, wenn die Ressourcen begrenzt sind. Wenn wir im Überfluss leben, können wir allen helfen und sollten allen helfen, wenn die Mittel begrenzt sind, sollten wir denen helfen, die die Hilfe am nötigsten haben. Bei der transkontinentalen Armutsmigration ist es nun aber leider so und das wird gerne links von der Mitte ausgeblendet, dass diejenigen, die aus den ärmeren Gebieten, z. B. südlich der Sahara, über das Mittelmeer – und dieser Zug wird in den nächsten Monaten wieder zunehmen – nach Italien oder nach Griechenland oder nach Spanien und von dort nach Mittel- oder Nordeuropa wollen, in der Regel gerade nicht diejenigen sind, die zu den Ärmsten der Welt gehören. Wir dürfen nicht ausblenden, dass fast eine Milliarde Menschen von einer Kaufkraft von täglich weniger als 1,25 US-Dollar lebt. Von denen wird so gut wie niemand transkontinental migrieren, weil die Migrationskosten von Ghana an die italienischen Gestade zwischen 20.000 und 30.000 Dollar pro Kopf betragen. Das heißt, wir machen uns etwas vor, wenn wir diese Migrationsbewegung, ich rede jetzt nicht von den syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen, interpretieren als Ausdruck des größten Elends in der Welt. Die Elendsten der Welt sind auch zur Migration gezwungen, aber nur zu lokaler, das sind lokale Migrationen und nicht transkontinentale, die schaffen es nicht an die italienischen Grenzen.

Viertens: Für die Bekämpfung des Elends und der Armut in der Welt ist Migration nicht die effektivste Form. Ich glaube, es ist vielmehr ziemlich skandalös, dass die Ressourcen, die eingesetzt werden müssten, um z. B. Malaria zu beseitigen, um 750 Millionen Menschen Trinkwasser zu ermöglichen, von der Weltgemeinschaft nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Weltgemeinschaft hat natürlich diese Ressourcen zur Hand, das ließe sich einsetzen und das würde weit mehr zur Elendsbekämpfung beitragen, als wenn diese Menschen sich auf den Weg nach Europa aufmachen.

Wir haben an der BBAW eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe installiert mit der bewusst so gewählten Bezeichnung „Internationale Gerechtigkeit und

Institutionelle Verantwortung“ (IGIV). Sie wurde initiiert lange bevor wir die aktuellen Herausforderungen begonnen haben zu diskutieren. Hintergrund ist der Eindruck vieler – und ich glaube, der Eindruck ist in der Wissenschaft berechtigt –, dass wir eine hoch entwickelte normative Debatte um Fragen der internationalen Gerechtigkeit und eine vergleichsweise schwach entwickelte Debatte darüber haben, in welchen institutionellen Formen eigentlich eine globale Politik betrieben werden kann, die ethischen Kriterien genügt. Das ist der Hintergrund und man kann das noch etwas ausweiten und sagen, ist nicht das uralte Thema, das in unserem Kulturraum seit der griechischen Stoa diskutiert wird, nämlich das Spannungsverhältnis zwischen Loyalitätspflichten gegenüber der Polis, dem Staat, in dem man lebt, der Gemeinschaft, zu der man gehört, auf der einen Seite und die allgemein menschlichen Solidaritätspflichten oder Zusammengehörigkeitspflichten, Stichwort „kosmō politēs“, also der Weltbürger, wenn Sie so wollen, ist nicht das genau die Frage, vor der wir jetzt stehen, d. h. nicht eine Entgegensetzung von kosmopolitischen Perspektiven und nationalen, regionalen und lokalen, sondern eine Einbettung unserer lokalen, regionalen und nationalen Verantwortung in eine kosmopolitische Perspektive, die tragfähig ist? Die Migrationsthematik gehört, glaube ich, in diesen Kontext und von daher haben wir die Hoffnung, dass wir auch als Arbeitsgruppe einen Beitrag zur Klärung ethisch-politischer Aspekte leisten können. Danke.